

## Schulterschluss mit der Provinz

Fernando de la Rúa und Carlos Ruckauf wollen Politik koordinieren

Bei seinem Antrittsbesuch als Staatspräsident in der Provinz Buenos Aires hat Fernando de la Rúa mit Gouverneur Carlos Ruckauf am Donnerstag eine weitgehende Abstimmung der Regierungspolitik vereinbart. Koordiniert werden sollen demnach neben den Themen Verbrechensbekämpfung und Soziales auch Infrastrukturprojekte sowie die Kulturpolitik. „Das Treffen war sehr wichtig, denn es ist unerlässlich, dass das Zusammenspiel mit den Provinzen funktioniert“, sagte de la Rúa nach der Begegnung. Es habe sich gezeigt, dass zwischen Provinz und Nation Gemeinsamkeiten bestehen.

„Wir werden den Präsidenten beim Kampf gegen das Verbrechen unterstützen“, erklärte Ruckauf mit Blick das Übereinkommen, wonach eine aus Bundes- und Provinzpolizei gebildete Spezialeinheit für mehr Sicherheit auf den



Strassen sorgen soll. Die Polizei soll mit dem so genannten Durchsuchungsrecht ermächtigt werden, Eigentum, das von Verdächtigen mit sich geführt wird, zu durchsuchen. Die Allianz fordert aller-

dings, dass die Polizei vorher die Genehmigung des Staatsanwaltes einholen muss. Auch sollen die von der Drogenmafia genutzten illegalen Landepisten der Provinz Buenos Aires verstärkt kontrolliert

werden.

Im Rahmen gemeinsamer Infrastrukturprojekte soll der Ausbau der Autobahn Buenos Aires-La Plata mit Staatsmitteln unterstützt werden. Hinsichtlich der Mautgebühren für die Ruta 2 ist eine Ermäßigung von acht Prozent geplant. Auch soll eine neue Mülldeponie in der Provinz entstehen. Abgelehnt wurde von beiden Seiten die von der Menem-Regierung durchgesetzte Tarifierhöhung für den Nahzugverkehr.

Weiter herrschte zwischen Präsident und Gouverneur Einigkeit hinsichtlich der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, der Arbeitslosigkeit sowie der Korruption. Zum „Wie“ wurden bei dem Treffen freilich keine Ergebnisse erzielt. Die Reihe seiner Antrittsbesuche in den einzelnen Provinzen wird de la Rúa in den kommenden Wochen fortsetzen.

## Ibarra mit Vorteil

Allianz ist der große Favorit für die Stadtregierung

Trotz des grossen Vorsprungs bei den bisherigen Umfrageergebnissen, die den Allianz-Politiker Aníbal Ibarra als Favoriten auf die Wahl zum neuen Chef der Stadtregierung ausweisen, erscheint eine Stichwahl um das Amt zumindest wahrscheinlich. Stärkster Rivale des Kandidaten ist Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, der für seine Partei Acción por la República zu der Wahl im Mai antritt. Zu diesem Schluss kommt eine Januar-Studie des Centro de Estudios de Opinión Pública (CEOP, Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung). Demnach wollen 40,1 Prozent der Befragten Ibarra ihre Stimme geben, während sich 25,1 Prozent für Cavallo entschieden haben.

An dritter Stelle mit lediglich 16,5 Prozent der Wahlpräferenzen liegt Gustavo Beliz, gefolgt von Antonio Cafiero. Der Politikveteran, der noch immer auf eine offizielle Bestätigung als PJ-Kandidat wartet, erreichte in der CEOP-Studie 6,2 Prozent. Bis auf weiteres ist daher Ex-Minister Raúl Granillo Ocampo, der im vergangenen

Jahr aus der Internwahl des Stadt-PJ als Sieger hervorging, formeller PJ-Kandidat.

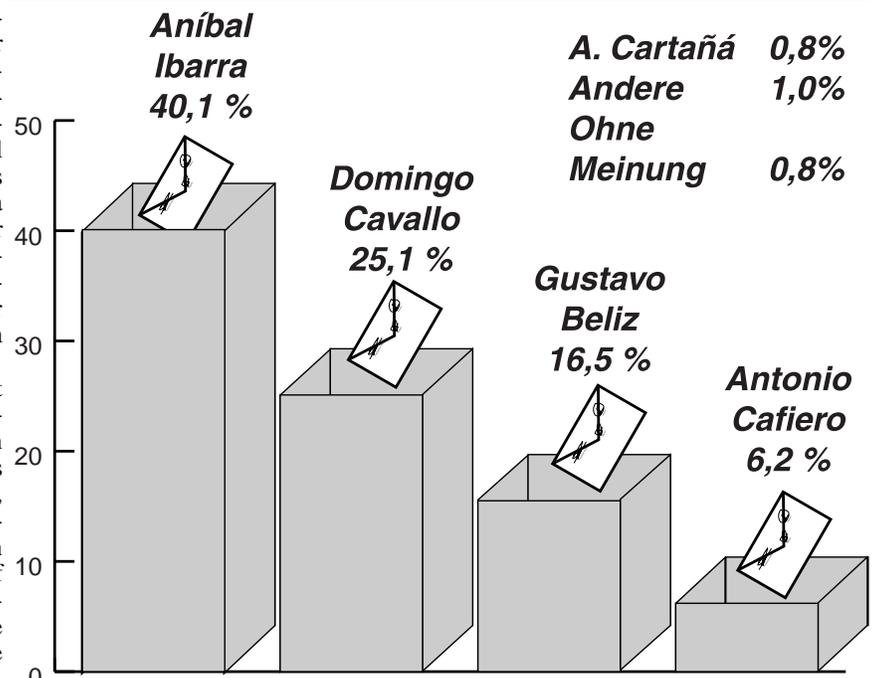
Laut Verfassung der Stadt Buenos Aires ist für den Sieg in der ersten Runde die absolute Mehrheit von über 50 Prozent erforderlich. In der kommenden Wahl wird das System zum ersten Mal angewandt, denn als Fernando de la Rúa 1996 zum Chef der Stadtregierung gewählt wurde, existierte die Verfassung der Autonomen Stadt noch nicht.

Die Allianz hofft angesichts der Verfassung, was die Rivalen fürchten, nämlich dass Ibarra seinen klaren, aber nicht ausreichenden Vorsprung in den verbleibenden zwölf Wochen noch auszubauen vermag. Diese Entwicklung könnte durch die Zersplitte-

rung der Opposition noch gefördert werden. Ein vielleicht entscheidender Vorteil für Ibarra ist

nach Ansicht der Befragten, dass Präsident und Parteikollege de la Rúa „gute Arbeit leistet“.

### Präferenzen für die Wahl des Stadtregierungschefs



## WOCHENÜBERSICHT

### Säuberung

Der Interventor in Corrientes, Ramón Mestre, hat am Wochenende ein weiteres Dekret zur Amtsenthebung von vier Richtern und zwei Staatsanwälten erlassen. Damit soll die angestrebte Auflösung der engen Bindungen zwischen Justiz und der Ex-Regierung des inhaftierten Raúl Romero Feris fortgeführt werden. Seit Mestres Antritt im Dezember wurden bereits 22 Amtsträger entlassen.

### Anzeige gegen Pou

Die Allianz-Abgeordneten Jorge Rivas und Alfredo Bravo haben bei der Justiz Anzeige gegen den Präsidenten der Zentralbank, Pedro Pou, und einen der Direktoren, Manuel Domper, erstattet. Beiden wird „Nichterfüllung der Amtspflichten“ und „Verschleierung von Kontrolloperationen zur Verhinderung der Geldwäsche“ vorgeworfen.

### Wahlsplitter

Der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf beabsichtigt die Wahl der Konstituante für die Änderung der Provinzverfassung gemeinsam mit den Legislativwahlen im Mai abzuhalten. Die Initiative, mit der den Gemeinden mehr Unabhängigkeit gegeben werden soll, wird von der Allianz unterstützt.

### Cavallo-Lob

Zwischen vielfarbigem Drachen und lärmreichen Feuerwerken hat Domingo Cavallo, der für seine Partei Acción por la República für das Amt des Chefs der Stadtregierung kandidiert, am Sonntag an der Begehung des chinesischen Neujahrs teilgenommen. Cavallo sagte dabei gegenüber Journalisten, dass Argentinien mit Fernando de la Rúa als Präsident „viele Chancen hat, Fortschritte zu machen“.

### Bramer im Visier

ANSES-Chef Melchor Posse hat angekündigt, dass er beim Antikorruptionsbüro die Untersuchung eines Vertrages beantragen werde, den einer seiner Amtsvorgänger, Alejandro Bramer Markovic, unterzeichnete. Es handelt sich um einen Vertrag über 420.000 Pesos, der ohne Ausschreibung zustande kam. Bramer war in der Menem-Regierung auch Chef des Rentnersozialwerkes PAMI.

### Treffen mit Battle

Präsident Fernando de la Rúa hat am Montag in der Residenz in

Olivos den gewählten Präsidenten von Uruguay, Jorge Battle, empfangen. Gesprächsthema war der Mercosur. Battle tritt sein Amt am 1. März an.

### Cavallo bei DAIA

Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hat sich am Sonntag mit dem Vorsitzenden des Dachverbandes der jüdischen Vereinigungen (DAIA), Rogelio Cichowolsky, über den Eintritt von Neonazis in die österreichische Regierung unterhalten.

### Gemeinsames Manöver

Am Montag ist ein gemeinsames Manöver argentinischer und französischer Marineeinheiten entlang der argentinischen Gewässer zwischen Buenos Aires und Ushuaia zu Ende gegangen.

### Illegaler Fischfang

Die argentinische Kriegsmarine hat am Wochenende ein unter taiwanesischer Flagge fahrendes Fischfangschiff, das widerrechtlich in argentinischen Gewässern operierte, nach zwölfstündiger Verfolgung gestellt. Dabei stoppte die „Hou Chun 101“ erst nach einem Schuss vor den Bug.

### Ernennung

Carmen Storani, die Schwester von Innenminister Federico Storani,

ist am Montag zur Vorsitzenden des Consejo Nacional de la Mujer (Nationaler Frauenrat) ernannt worden.

### Mardel ohne Strom

Mehr als eine Million Personen waren am Dienstag von einem Stromausfall in Mar del Plata betroffen. Grund für die zweistündige Unterbrechung, die zu teilweise chaotischen Verkehrsverhältnissen führte, waren technische Probleme, wie es aus Kreisen der Stadtverwaltung hieß.

### Taxistreik

Die Taxifahrer-Gewerkschaft hat zu Wochenbeginn mit einem Streik ihrer Forderung nach mehr Sicherheit auf den Straßen kundgetan. Das Sindicato Argentino de Radiotaxis, eine weitere Gewerkschaft der Branche, unterstützte die Aktion nicht, obwohl sie die gleiche Forderung stellt.

### Raub im Kongress

Drei schwerbewaffnete Männer sind am Donnerstagmittag unbeteiligt in das Parlamentsgebäude gelangt und haben die Zahlstelle ausgeraubt. Die Männer hatten es vor allem auf Lohngelder abgesehen. In einer ersten Reaktion sagte ein Mitarbeiter des Parlaments, die Sicherheitsvorkehrungen müssten offenbar überprüft werden.

### Schweizer überfallen

Ein Schweizer Tourist ist am Mittwoch in der Provinzhauptstadt Mendoza auf offener Strasse überfallen und durch Messerstiche leicht verletzt worden. Der 26-jährige Joachim Dietiker erlitt Stichwunden in der linken Rippengegend, als er seine Freundin Miriam vor dem Angriff dreier Jugendlicher schützte.

### Rodríguez Giavarini bei Albright

Ein noch „höheres Niveau“ der sehr guten Beziehungen zu den USA will Alberto Rodríguez Giavarini. Der argentinische Außenminister traf sich am Donnerstag zu einem Antrittsbesuch mit seiner US-Kollegin Madeleine Albright. Während des rund einstündigen Gesprächs ging es auch um ein Treffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und Fernando de la Rúa, das nach Angaben Rodríguez Giavarinis noch in der ersten Hälfte dieses Jahres stattfinden soll. Andere Themen waren eine eventuelle Beteiligung Argentinien an einer UN-Friedensmission auf den Golan-Höhen, falls es zu einer Einigung zwischen Israel und Syrien kommt.

## Rotstift bei der SIDE

### Regierung entlässt 1.000 Angestellte des Geheimdienstes

Die Secretaría de Inteligencia de Estado (SIDE, Nachrichtendienstliches Sekretariat des Staates - Geheimdienst) hat am Montag aus Kostengründen 1.000 Angestellte entlassen. Die Maßnahme betrifft fast ein Drittel des gesamten SIDE-Personals, das bisher 3.100 Beschäftigte umfasste und schließt Stammpersonal, Vertragsangestellte und Personen im Rentenalter ein. Das durchschnittliche Gehalt der Entlassenen habe 1.700 Pesos pro Monat betragen, bestätigte der neue SIDE-Chef Fernando de Santibañes gegenüber der Presse. „Wir müssen einen gut funktionierenden und wirkungsvollen Dienst schaffen“, sagte Santibañes. Für die Entlassenen wurde ein Plan für ihre Umsetzung in die Privatwirtschaft gestartet, der Umschulungen und Unterstützung bei der Arbeitssuche einschließt.

Die Massenentlassung steht im Zusammenhang mit der Kürzung der SIDE-Haushaltsmittel in diesem Jahr. Während das Sekretariat 1999 noch über 310 Millionen Pesos verfügte, wurden die Mittel mit der Amtsübernahme der Allianz-Regierung auf 138 Millionen gestrichen. Grund für die Entlassungen ist neben der Reduzierung des Haushaltes jedoch auch Santibañes Entscheidung, im Haushalt mehr Geld für Investitionen in moderne Technologien einzuplanen.

Die mangelnde technische Ausstattung des SIDE wurde zuletzt im Fall des paraguayischen Ex-Generals Lino Oviedo deutlich, als Polizeieinheiten Oviedo aufspürten, der SIDE aber seinen genauen Aufenthalt nicht ermitteln konnte, obwohl ein Telefonat Oviedos über Satellitentelefon abgehört wurde,

das der Paraguayer in der Provinz Corrientes führte. Vizepräsident Carlos Alvarez urteilte damals: „Die technische Kapazität der SIDE ist sehr unterentwickelt.“

Doch übte Alvarez auch scharfe Kritik an der Funktion des Geheimdienstes unter der Menem-Regierung: „Die SIDE wurde für interne Bespitzelung benützt, für politische oder journalistische Operationen. Offenbar wurde aber nie daran gedacht, was strategische nachrichtendienstliche Arbeit ist.“

Dies soll sich nun unter Santibañes, einem Vertrauten von Staatspräsident Fernando de la Rúa, ändern. Der Ex-Banker gehört zu der liberalen Stiftung FIEL und verkaufte 1997 seine Anteile an der Banco de Credito. Als Symbol seiner Nähe zum Präsidenten besitzt Santibañes ein Grundstück la Rúa.

## Wahlen mit Bettuchlisten

Der Versuch, die so genannten Bettuchlisten („listas sábanas“) abzuschaffen, ist abermals gescheitert. Dieses Mal ging es um die für den 7. Mai angesetzten Wahlen in der autonomen Stadt Buenos Aires. Vorher war der Vorstoss des letzten Präsidenten Carlos Saúl Menem im Kongress mangels Behandlung ausgelaufen, diesen Wahlmodus für die Deputiertenkammer zur Hälfte durch Listen bzw. Bezirke vorzuschreiben, etwa wie er in Deutschland üblich ist.

Dadurch erhalten die Parteivorstände ihren Einfluss bei der Aufstellung der Kandidaten für die Listen, während sich gleichzeitig einzelne Personen als Kandidaten in ihren Bezirken profilieren können. Letzteres behagt den Parteivorständen offenbar nicht. In der Stadt Buenos Aires hatte die Exekutive im Vorjahr ein Projekt in der Legislative eingereicht, nach dem die Stadt in acht Bezirke aufgliedert wird, in der entsprechend gekürzte Bettuchlisten gelten sollten. Einzelne Kandidaten je Bezirk wählen zu lassen, das mochten die Allianz-Politiker auch nicht. Sie wollen sich diese unliebsame Konkurrenz vom Halse halten.

Das Projekt des damaligen Regierungschefs und jetzigen Präsidenten Fernando de la Rúa wurde durch ein anderes ersetzt, das der Vorsitzende der Legislative und designierter Allianz-Kandidat für das Regierungsamt, Aníbal Ibarra, der zum FREPASO gehört, eingereicht hat. Danach soll die Stadt in vier Bezirke aufgespalten werden, damit in je zwei neun bzw. elf Kandidaten gewählt werden, gleichsam wie gekürzte Bettuchlisten. Zur Wahl stehen gesamthaft 60 Parlamentssitze, die nahezu drei Millio-

nen Einwohner vertreten.

Für die Beschlussfassung in der Legislative sind 40 Stimmen erforderlich, wie es das Grundgesetz der autonomen Stadt vorschreibt. Die Allianz konnte in der Vorwoche nur eigene 36 Stimmen mustern. Die Opposition der Justizialisten, der „Neuen Führung“ von Gustavo Beliz und zweier Vertreter der Republikaner Cavallos, Überläufer der Justizialisten und Radikalen, stimmten dagegen. Sie unterstellten der Allianz die politische Absicht, sie um angenommene drei Parlamentssitze berauben zu wollen. Offenbar hatten sich diese Stadtpolitiker ausgerechnet, wie die Wahlen vom 7. Mai im Fall der gekürzten Bettuchlisten ausfallen würden, als ob sie jetzt schon wüsten, wie die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Buenos Aires wählen werden. In der Stadt überwiegen die Wechselwähler, die erst Anfang Mai entscheiden werden, welcher Liste sie ihre Stimme geben werden.

Die Folge dieser Übung war, dass es bei den bisherigen Bettuchlisten bleiben wird, so dass die Wähler die Kandidaten kaum kennen werden.

Die durch vier geteilten Listen entpuppten sich als ein milder Versuch, die Bettuchlisten ihres Vorwurfs zu entschärfen, dass nur die ersten Kandidaten bekannt sind und die anderen von den Parteivorständen als Gegenleistung für besondere politische Dienste in die Listen aufgenommen werden. Das färbt dann auf die Qualität der parlamentarischen Arbeit ab, wo diese Politgünstlinge ihre Diäten kassieren, allenfalls zu den Sitzungen erscheinen, aber sonst nichts leisten.

Eigentlich waren alle Parteien der

Stadt Buenos Aires gegen die Abschaffung der Bettuchlisten. Die Allianz beschränkte sich auf die vier gekürzten Listen, denen das gleiche Merkmal anhaftet, dass nur die ersten Kandidaten bekannt sind und die anderen nach politischer Gefälligkeit aufgestellt werden. Die anderen Parteien wollten partout nichts ändern, weil jede auf ihre im Proporz erwarteten Parla-

mentssitze setzt. Dass sich Kandidaten gegeneinander in jedem Bezirk profilieren, damit die Wähler echt entscheiden können, ist für diese Politiker offensichtlich eine Gräueltat. Die Wähler haben schliesslich zu tun, was man ihnen von der hohen Warte des Parteivorstandes aus vorschreibt, keinesfalls nach eigenem Ermessen. Schade.

## Ein Airbus für de la Rúa

Das Unternehmen Airbus hat Präsident Fernando de la Rúa ein Flugzeug für 35 Millionen Dollar angeboten, das die umstrittene Tango 01 ersetzen soll. Die Anschaffungskosten wären gleich der Summe, die beim Verkauf des von Carlos Menem für etwa 60 Millionen Dollar erworbenen Flugzeuges erzielt werden könnte.

Die angebotene Maschine des Typs ACJ des Airbus A319 ist eine Version für Geschäftsreisen, die für Linienflüge bei verschiedenen Fluggesellschaften im Einsatz ist und in den Ausmaßen der Boeing 737 entspricht. Im Linienverkehr bietet die Maschine Raum für 124 Passagiere, doch würde sie nach einer notwendigen Umrüstung acht bis zehn Personen befördern. Die Reichweite des Flugzeuges beträgt bei vollem Tank 11.650 Kilometer, womit ohne Zwischenlandungen die wichtigsten Hauptstädte Europas ebenso wie die USA erreicht werden können. Eine Entscheidung hinsichtlich des Kaufs ist allerdings noch nicht gefallen.

Unterdessen hat der Allianzabgeordnete Héctor Polino eine Anzeige gegen Carlos Menem wegen „Veruntreuung von öffentlichen Mitteln“ angekündigt - für den Fall, dass sich Informationen bestätigen sollten, wonach der Ex-Präsident einen „Aufpreis von 18 Millionen Dollar“ für die Tango 01 bezahlte, um das Flugzeug vor dem ursprünglich vereinbarten Liefertermin benützen zu können.

## Randglossen

**Ein aufsässiger taiwanesischer Fischerkutter an der Grenze der argentinischen Meereshoheit von 200 Seemeilen im Südatlantik wurde von der Kriegsmarine aufgespürt, verfolgt und schliesslich beschossen und abgeführt. Im Hafen von Mar del Plata kippte das lädierte Schiff um. Der Fischfang wurde beschlagnahmt. Die Kriegsmarine hat mit dieser energischen Aktion neue Signale gesetzt, die zahlreiche andere Fischkutter im Südatlantik beherzigen sollten. Wer dort innerhalb der Meereshoheit unerlaubt fischt, wird abgeführt, der Fang wird beschlagnahmt und ausserdem muss eine Geldbusse bezahlt werden. All das zum Schutz der Fischbestände, die längst abnehmen, weil sie von allerlei ausländischen Fangflotten überfischt werden. Eins zu Null für die Kriegsmarine.**

Eine ähnliche Energie wie die Kriegsmarine im Südatlantik zeigte dieser Tage der Grenzschutz, hierzulande Gendarmerie genannt, in Misiones. Ein Grenzpolizist war in einer Schiesserei mit Schmugglerbanden umgekommen. Die Regierung entsandte daraufhin tausend Grenzpolizisten nach Misiones, die den Schmuggel zumal von Zigarettenpäckchen aus Paraguay unterbinden sollen. Dieser Schmuggel blüht, weil Zigaretten ohne interne Steuern, die rund 70 Prozent des Verkaufspreises ausmachen, nach Paraguay exportiert werden. Die gleichen Päckchen werden über den Paraná-Fluss in Misiones hergeschmuggelt und hier unter Preis mit happigem Gewinn für die Schmuggler verkauft. Diese Übung könnte viel leichter unterbunden werden, indem der Zigarettenexport auch die interne Konsumsteuer bezahlt, womit das Schmuggelgeschäft entfällt. Unterdessen müssen tausend Grenzpolizisten Schmuggler aus Paraguay aufspüren, eine im Urwald Dickicht denkbar schwierige und zudem gefährliche Aufgabe.



**KONRAD LORENZ**

**SCHULE**

Deutsch  
Englisch  
Ökologie



**HASEN SCHULE**

**KINDERGARTEN**

Schule  
Ej. Sarmiento 1565  
4797-5876  
Florida

Kindergarten  
Cnel. Rosetti 1738  
4760-2999  
Florida

# „Wir haben keine Schwachstellen“

„Kaiser“ Franz Beckenbauer stellte deutsche Kandidatur für die WM 2006 vor

Franz Beckenbauer hat in Buenos Aires Werbung für eine Fussball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland gemacht. „Wenn wir Schwachstellen hätten, hätten wir uns gar nicht erst beworben“, rührte der deutsche Fussball-Kaiser am Mittwoch bei einer Pressekonzferenz in der deutschen Botschaft kräftig die Werbetrommel. Deutschland habe beste Voraussetzungen und sei hervorragend in der Lage, das Grossereignis in sechs Jahren auszurichten.

Allerdings habe der Deutsche Fussball-Bund (DFB) mit England, Brasilien, Südafrika und Marokko „starke Konkurrenten“. Daher sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen, „wohin bei diesem Roulett letztlich die Kugel rollt“. „Obwohl wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, bedarf es auch einer Portion Glück“, erklärte die deutschen Bewerbungskommission vor rund einhundert Journalisten aus dem In- und Ausland. Am 6. Juli werden die 24 Mitglieder des Exekutivkomitees des Weltverbandes FIFA in Zürich den Ausrichter bestimmen. Bis dahin wird Beckenbauer als WM-Botschafter fast pausenlos durch die Welt reisen und dabei alle Kontinente sowie über 20 Länder besuchen.

Der Bayern-Präsident hob in



Wiedersehen mit Franz Beckenbauer: „Toto“ Lorenz, bei der WM 1966 in England Trainer der argentinischen Nationalmannschaft und mit Boca Juniors 1978 Weltpokalsieger. (Foto: JW)

Buenos Aires vor allem das bereits 1974 (WM) und 1988 (EM) unter Beweis gestellte „Organisationstalent“ sowie die „politische und finanzielle Stabilität“ Deutschlands hervor, die im Verbund mit den infrastrukturellen Voraussetzungen einen reibungslosen Ablauf garantierten. Aus der deutschen Wirtschaft unterstützten Branchengrößen wie Lufthansa, Mercedes-Benz, Dresdner Bank, Bayer, Deutsche Telekom sowie Albingia die Kandidatur, hinzu kommen Adidas und die Deutsche Bahn.

Nicht zuletzt erfreue sich die deutsche WM-Kandidatur auch uneingeschränkter Unterstützung aller Teile der Gesellschaft, von der Politik bis hin zur Kultur. Der DFB-Vizepräsident verwies zudem auf die deutsche Wiedervereinigung. Eine WM in Deutschland sei daher auch ein Geschenk an den Ostteil des Landes, „der 1974 ausgespart blieb“, sagte der Weltmeister von 1974 (Spieler) und 1990 (Teamchef). Auch sei Deutschland vor allem für Fussballfans aus Osteuropa schnell und vor allem günstig er-

reichbar.

Zuvor hatten Beckenbauer und der Koordinator der Bewerbung, Fedor Radmann, AFA-Präsident Julio Grondona sowie dem Conmebol-Präsidenten Eduardo de Luca die deutschen Pläne präsentiert. Trotz der „guten Atmosphäre mit den argentinischen Freunden“ glaube er aber nicht an eine südamerikanische Unterstützung. „Die Stimmen der Conmebol werden an Brasilien gehen. Das ist ganz normal“, erklärte der Kaiser, der am heutigen Samstag beim Kongress der Conmebol in Asunción die Bewerbung neuerlich vorstellt.

Wirbel verursachte bei dem Kurzbesuch einzig Beckenbauers dem Fernsehsender Todo Noticias gegenüber gemachte Äusserung, er halte die Reaktionen der EU auf die Regierungsbeteiligung der rechtsgerichteten Haider-Partei FPÖ in Österreich für überzogen. „Die EU hat 350 Millionen Einwohner, Österreich acht. Also bitte wo ist das Problem“. Beckenbauer unterstrich jedoch, dass er selbst Haider nicht gewählt hätte.

Nach Südamerika wird der Weltreisende bereits Ende März wieder kommen - wenn in Uruguay der Fussball-Verband 100 Jahre alt wird, darf auch Deutschlands Fussball-Kaiser nicht fehlen.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%**

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zu Donnerstag um 8,6% auf 640,63, der Burcapindex um 11,1% auf 1.201,01 und der Börsenindex um 8,6% auf 22.298,97.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,2% auf \$ 0,7355.**

\*\*\*

**Die Devisen-, Gold- und Anlage-reserven der ZB betragen am 4.2.00 \$ 25,56 Mrd., der Banknotenumschlag \$ 15,01 Mrd. Vor einer Woche betragen sie 24,41 Mrd. bzw. 14,73 Mrd., vor einem Monat 26,43 Mrd. bzw. 16,31 Mrd.**

\*\*\*

**Einer vorläufigen Ermittlung des Staatssekretariates für Soziale Sicherheit zufolge arbeiten 48% der Arbeitnehmer Argentinien**

**schwarz, was dem Staat Einnahmeverluste von \$ 9,7 Mrd. im Jahr verursacht, mehr als doppelt soviel wie das für 2000 vorgesehene Haushaltsdefizit.** In der Provinz Formosa soll die Hinterziehung der Sozialbeiträge 82% betragen, in Chaco 71%, Misiones 63%, Salta 62%, Entre Rios 61%, Corrientes 59% und Chubut 57%. Die geringste Hinterziehung weist Santa Cruz mit 15% aus. Von den 3,3 Mio. Selbstständigen zahlen 840.000 ihre Sozialbeiträge. Rd. 2,5 Mio., etwa 75%, hinterziehen sie. Von den \$ 9,7 Mrd. Hinterziehung sind Unternehmen mit Sitz in Buenos Aires Stadt und Provinz für \$ 6,41 Mrd. verantwortlich, Córdoba für \$ 329.000 und Santa Fe für \$ 257.000. \$ 5,2 Mrd. des genannten Betrages sind Hinterziehungen von Rentenbeiträgen und \$ 1,05 Mrd. von Pflichtbeiträgen an das Sozialwerk der Rentner (Pami).

\*\*\*

**Das 4-Sterne-Luxushotel Holiday Inn Select Abasto, das mit US\$ 18 Mio. Investition Corrientes 3190 errichtet wurde, wird am 16. März eröffnet.** Das 18 Stockwerke hohe

Gebäude bietet 126 Zimmer, 9 Tagungssäle, Restaurant, Bar, offene und beheizte Schwimmbäder, Solarium, Sauna, Sportanlagen und ein Businesscenter letzten technischen Standes.

\*\*\*

**Ceteco SA, Inhaberin der Firma Ventura, wurde nach dem Gesetz Nr. 22.082 mit \$ 6.000 bestraft, weil sie in ihrem Verkaufssaal japanische Audiogeräte ohne Gebrauchsanweisungen in spanischer Sprache anbot.**

\*\*\*

**Im Erntejahr 1998 wurden 15,17 Mio. t Weizen eingebracht. Davon wurden 10,3 Mio. t (68%) für US\$ 1,3 Mrd. exportiert.** 3,67 Mio. t wurden mit einem Mahlergebnis von 75,4% zu Mehl verarbeitet, von denen 13% (470.000 t) für US\$ 97 Mio. ausgeführt wurden. Von den restlichen 3,2 Mio. t wurden 73% zu Brot, 7% zu Keksen und 8% zu Teigwaren und 2% zu verschiedenen Nahrungsmitteln verarbeitet. 10% wurden am Binnenmarkt als Mehl abgesetzt. Rd. 12.000 Bäckereien erzeugten rd. 2,5 Mio. t Brot für US\$ 4,3 Mrd., 70 kg pro Kopf und Jahr. 900 Brotfabriken erzeugten 130.000 t für US\$ 650.000, etwa 3,5 kg pro Kopf und Jahr. Die Brotfabriken verkaufen zu 45% über Super-

märkte, 18% Selbstbedienungsläden und 37% in Bäckereien.

\*\*\*

**Das Amt des Kabinettschefs hat mit Verwaltungsbeschluss 11/00 (Amtsblatt vom 8.2.00) verfügt, dass das Datum für die endgültige Liquidierung der Restunternehmen ehemaliger Staatsbetriebe bis zum 30.6.00 verlängert wird, da technische Verwaltungsaufgaben noch nicht abgeschlossen sind.** Die Betriebe sind Agua y Energía Eléctrica SE, Caja Nacional de Ahorro y Seguro, Elma SA (mit mehrheitlicher Staatsbeteiligung), Empresa Nuclear Argentina de Centrales Eléctricas SA, Ferrocarriles Metropolitanos SA, Inder SE, Obras Sanitarias de la Nación (in Liquidierung mit der Staatlichen Entwicklungsbank), Schiffswerft Ministro Domecq García SA, Entel, Ferrocarriles Argentinos, CAP (in Liquidierung) und Dicon Difusión Contemporánea SA.

\*\*\*

**Im Rahmen der bei der Privatisierung der Stromverteilung verfügbaren quartalmässigen Anpassung der Stromtarife im Raum Gross Buenos Aires, verringert das Verteilungsunternehmen Edesur ab 1.2.00 die Ta-**

rife für Haushalte um 0,8%, für kleine und mittelständige Unternehmen (Pymes) um 0,4% und für Grossabnehmer um 3,5%. Das Stromverteilungsunternehmen Edenor muss in diesem Quartal keine Anpassungen durchführen. In den letzten 12 Monaten sind die Tarife von Edesur für Haushalte um 6,2%, Pymes 5,2% und Grossabnehmer um 8,7% zurückgegangen. Seit der Privatisierung im September 1992 für Haushalte um 22% und für Grossabnehmer um 15%. Für Pymes fehlen die Angaben. Edenor verringerte die Tarife in den letzten 12 Monaten für Haushalte um 5,58%, Pymes 3,5% und Grossabnehmer 4,95%. Seit der Privatisierung um 15,3%, 10,8% (für Pymes) und 12,2%.

\*\*\*

**Im Januar erhielten die Provinzen von der Zentralregierung \$ 884,61 Mio. durch Beteiligungen an Bundessteuern, weshalb das Schatzamt weitere \$ 465 Mio. beisteuern muss, um die im Föderalpakkt festgelegten \$ 1,35 Mrd. zu erreichen.** Die überwiesenen Mittel liegen um 0,3% unter dem für Januar 1998 überwiesenen Betrag und um 17,8% über den Beträgen des Vormonates, wie die Wirtschaftsführung bekanntgab

\*\*\*

**Nahe der Ortschaft Campana wird auf 300 ha mit US\$ 100 Mio. Investition ein geschlossenes Wohnbauvorhaben mit dem Namen Puerto Palmas begonnen.** Das Gelände wurde in 733 Baugründe, die kleinsten mit 1.000 qm, aufgeteilt, die zu etwa \$ 55 pro unbebautem qm verkauft werden. Von den Avenidas Sarmiento Ecke Alcorta 35 Autominuten entfernt, liegen 600 m des Geländes am Flussufer des Parana. Ein eigenes Hotel, Ankerplätze für Wassersportler, ein Golfplatz und ein Shoppingcenter sind u.a. vorgesehen.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung hat Letests-Schatzscheine für US\$ 250 Mio. auf 91 Tage zu 7,84% Jahreszins und für \$ 350 Mio. auf 182 Tage zu 8,4% untergebracht.** Die letzten bezahlten Zinssätze betragen 7,4% für 91 Tage und 8,19% für 182.

\*\*\*

**E. Mantilla, Vorsitzender der Kammer der Exporteure (Cera), schätzte der Presse gegenüber, dass die argentinischen Ausfuhr 2000 um US\$ 2 Mrd. über jenen von 1999 liegen werden.** Obwohl für US\$ 25 Mrd. exportiert werden wird, müsse auch in diesem Jahr mit einem Aussehndehandelsdefizit gerechnet werden.

\*\*\*

**Die Versicherungsbranche erwirtschaftet mit Policen für \$ 6,6 Mrd. im Vorjahr einen neuen Rekord. Die Zunahme gegenüber 1998 betrug im Durchschnitt 10%.** Praktisch alle Versicherungsbereiche wiesen Zunahmen aus. Spitzenreiter waren Lebens- und Ruhestandsversicherungen mit 15% Zunahme, wie die

Überwachungsbehörde des Versicherungswesens bekanntgab.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Machinea erklärte in der Kabinetsitzung vom Dienstag, weltweit seien die kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) häufig kurzlebig.** Etwa 60% würde vor dem 5. Betriebsjahr aufgeben müssen. In Argentinien habe der letzte Wirtschaftszensus (1993/94) rd. 900.000 Pymes ausgewiesen. Beim Steueramt (AFIP) seien 850.000 eingetragen, die meist kein Personal beschäftigen. Amtliche Schätzungen ergeben, dass etwa 350.000 Pymes vorwiegend oder ganz schwarz arbeiten und 3,5 Mio. Arbeitnehmer beschäftigen, für die keine Sozialabgaben geleistet werden. Besonders am Lande sei die Schwarzarbeit häufig. Der Begriff Pymes sei hier sehr verschwommen. Arbeitsrechtlich werden darunter Betriebe mit bis zu 40 Arbeitnehmern verstanden, die zwischen \$ 2,5 und 5 Mio. im Jahr umsetzen. Finanzielle und steuerliche Förderungen betrachten je nach der Lage Betriebe mit bis zu 300 Arbeitnehmern als Pymes.

\*\*\*

**Die Firma Terminales Portuarios Santafesinas SA hat den Betrieb des Flusshafens von Santa Fe Stadt für 30 Jahre in Konzession übernommen.** Die Gebühr wurde mit \$ 350.000 im Jahr festgelegt und gleichzeitig Investitionen von mehr als \$ 3 Mio. in den nächsten 5 Jahren verpflichtet. Die Provinzregierung ist zur Ausbaggerung des Hafens verpflichtet und der argentinische Staat, die Zufahrt vom Atlantik bis Rosario ständig auf mindestens 32 Fuss Tiefe bis Rosario und 22 Fuss bis Santa Fe zu erhalten. Die Konzessionärin verpflichtet sich, den Frachturnschlag 2001 auf 500.000 Jato zu erhöhen und bis zum 5. Jahr auf 800.000 Jato, was einer Verdoppelung der derzeitigen Hafenebewegung entspricht.

\*\*\*

**Auf der Rangliste nach Container-Umschlägen der American Association of Port Authorities, nimmt in Lateinamerika Buenos Aires mit 1,13 Mio. im Jahr den 1. Platz ein.** Es folgen Santos mit 794.000, Puerto Cabello (Venezuela) mit 496.000 und Puerto Limón (Costa Rica) mit 452.000. Ohne Mengenangabe folgen San Antonio (Chile), Guayaquil, Callao, Puerto Cortés (Honduras) und La Guaira (Venezuela)

\*\*\*

**S. Montiel, Gouverneur von Entre Ríos, gab Baggerarbeiten im Uruguay-fluss für über US\$ 70 Mio. bekannt.** Die Ausbaggerung beginnt in Punta Gorda, an der Flussmündung in den Río de la Plata, bis zum Hafen von Concepción del Uruguay, 183 km flussaufwärts. Er erklärte, im staatlichen Haushaltsplan seien für die Arbeiten in jedem der kommenden Jahre \$ 20 Mio. bis zur Fertigstellung vorgesehen.

\*\*\*

**Die Firma Profertil gab bekannt, dass sie im Petrochemiepol von Bahía Blanca mit US\$ 630 Mio. Investition die weltweit grösste Fabrik für synthetischen Harnstoff und Ammoniak errichtet.** Synthetischer Harnstoff ist der wegen seiner Kostengünstigkeit und leichten Lagerfähigkeit das am meisten eingesetzte Düngemittel.

\*\*\*

**Im Zeitraum Dezember 99/Januar 00 konnte Argentinien um 120% mehr Weizen ausführen als im gleichen Vorjahreszeitraum.**

\*\*\*

**Arcor SA, die grösste Bonbonfabrik der Welt, die in Argentinien 29 Fabriken betreibt, in Brasilien 3 in Chile 3 und in Uruguay und Peru je eine, wird in Brasilien in diesem Jahr US\$ 18 Mio. investieren.** Damit soll der Konkurrenzkampf mit Garoto, Nestle und Lacta (Philip Morris-Gruppe) verstärkt werden.

\*\*\*

**Die Banco de la Nación hat 2 weitere Filialen eröffnet.** Eine an der Ecke der Strassen 25 de Mayo und Sarmiento, in Marcos Paz und die andere in der Ortschaft Armstrong, Provinz Santa Fe.

\*\*\*

**Die spanische Grossbank BSCH (Banco Santander Central Hispano) will das argentinische Geldinstitut Banco Río de la Plata, eine der wichtigsten Privatbanken des Landes, vollständig übernehmen.** Wie die BSCH am Donnerstag in Madrid mitteilte, will sie ein öffentliches Übernahmeangebot für 28,1% der Kapitalanteile des argentinischen Unternehmens vorlegen. Die Übernahme soll mittels eines Aktienauschs vorstatten gehen. Das spanische Geldinstitut besitzt bereits 52,7% der Anteile der Banco Río und verfügt bis Juni 2000 über eine Option für weitere 19,2%. Die BSCH will mit der Übernahme ihre Stellung in Argentinien und Lateinamerika festigen. (dpa)

\*\*\*

**Die neue Umschuldungsmöglichkeiten, die die Banco de la Nación etwa 77.000 säumigen Landwirten gewährt, bieten u.a.:** Um 2 Prozentpunkte geringere Zinsen für normale Kredite. Umschuldungen mit Bonds auf 20 Jahre mit Durchschnittszinsen von 9% im Jahr, für Schulden einschliesslich Hypothekenschulden bis zum 31.10.99. Die Erleichterung gilt besonders für Kunden in Notstandsgebieten und für Beträge von \$ 10.000 bis 500.000. Umschuldungen auf 10 Jahre mit 3 Jahren Karenz für das Kapital, auf Dollarbasis und zu 13,5% Jahreszins, bis \$ 500.000. Sonderdarlehen für die Einbehaltung der Grob-, Tabak- und Baumwollerte 1999/00 mit Garantiestellung der Ernten bzw. Zession der Lagerscheine des Erntegutes. Jahreszinsen 10,5% in Dollar, bis 180 Tage und \$ 500.000. Ausserdem werden Kredite für Kapitalgüter gebo-

ten, in Dollar zu 7% Jahreszins auf 5 Jahre. Höchstbetrag \$ 500.000.

\*\*\*

**F. Astelarra, Leiter der Überwachungsbehörde der privaten Rentenkassen AFJP, gab die Absprache zwischen Behörde und Kassen bekannt, derzufolge pünktliche Zahler, das seien rd. 75% der beitragenden Kassenmitglieder, bis zu 8% geringere Provisionen zahlen müssen.** Die Verringerungen seien freiwillig, doch hätten sich alle Kassen angeschlossen. Wer mindestens 10 der letzten 12 Beiträge pünktlich geleistet hat, könne eine bis zu 2,5% höhere Kapitalisierung seiner Einlagen erwarten. Es werde eine Erweiterung des Systems für bis zu 40 pünktlichen Monatsbeiträgen geprüft. Zum 31.12.99 hatten die AFJP-Kassen 7,85 Mio. Mitglieder, von denen 44,3%, 3,48 Mio., als beitragende Mitglieder eingestuft sind. Von diesen könnten etwa 2,6 Mio. durch geringere Provisionen begünstigt werden.

\*\*\*

**Infrastrukturminister Gallo erklärte bezüglich der Gerüchtewelle über Verwaltungsprobleme bei der Flughafenkonzessionärin AA2000 auf Anfrage, seinen Informationen zufolge gebe es mit den argentinischen Vertragspartnern, Eurnekian und Riva, sowie mit dem US-Partner Ogden keine Schwierigkeiten.** Das Problem des italienischen Partners müsse innerhalb der Gruppe gelöst werden. Sollte er sich zurückziehen wollen, könnte er so grosse finanzielle Einbußen erleiden, dass er sich das überlegen würde. Allerdings zeige die italienische SEA seit dem Wechsel ihrer Leitung in Mailand kaum Interesse am Betrieb der argentinischen Flughäfen, was kein gutes Zeichen sei.

\*\*\*

**Ab 1.3.00 werden Konten, gegen die ungedeckte Schecks ausgegeben wurden, nicht mehr automatisch gesperrt, vorausgesetzt dass der Inhaber den Fehlbetrag innerhalb von 15 Tagen deponiert bzw. seine Schuld nachweisbar beglichen hat.** Nach 5 ungedeckten Schecks wird das Konto gesperrt. Allerdings hat die ZB verfügt, dass diese 5 Schecks nicht aus dem letzten Jahr stammen, sondern jenen Datums sein können.

\*\*\*

**P. Ferreras, Präsident der spanischen SEPI (Sociedad Estatal de Participaciones Industriales), die Aerolíneas Argentinas betreibt, dezenterte in Madrid, dass das Unternehmen US\$ 200 Mio. Betriebskapital einschiessen werde.** Bevor der Leitplan zur Sanierung der Fluglinie nicht voll ausgearbeitet sei, könne nicht von Beträgen gesprochen werden. Die Mitteilung war vom neuen Generaldirektor Sruber anlässlich des Höflichkeitsbesuches gemacht worden, die er den 6 Gewerkschaften der 5.700 Angestellten (die 10% der Aktien besitzen) machte.

## Geringeres Januar-Defizit im Schatzamt

Der Kassenausweis des Schatzamtes für Januar 2000 weist mit einem Defizit von \$ 537,4 Mio. eine Abnahme von \$ 121,2 Mio. gegenüber dem Fehlbetrag von \$ 658,6 Mio. im Januar 1999 aus. Hierin sind die Defizite der früheren zwölf provinziellen Rentenkassen von 125,9 Mio. bzw. 137,7 Mio. inbegriffen.

Die Abnahme des Defizites beruhte ausschliesslich auf höheren Einnahmen von \$ 182,7 Mio. da die Ausgaben um \$ 142,5 Mio. gestiegen sind. An Gehältern wurden \$ 33,5 Mio. weniger ausbezahlt, während Zinsen um \$ 32,4 Mio., Transfers um \$ 22,2 Mio. und figurative Ausgaben um \$ 111,4 Mio. zunahmen.

Die gesamten Ausgaben des Schatzamtes ohne provinziellen Rentenkassen betragen im Januar 2000 \$ 1,79 Mrd. gegen \$ 1,73 Mrd. im Januar 1999, bei Einnahmen von \$ 1,38 Mrd. gegen \$ 1,21 Mrd. im Vorjahr, wodurch das Kassendefizit von \$ 520,9 Mio. auf \$ 411,5 Mio. abnahm.

Der Kassenausweis des Schatzamtes wird demnächst durch Einnahmen, Ausgaben und Saldi mehrerer Staatsstellen ergänzt werden, die im Ausweis der nationalen Staatsverwaltung zum Ausdruck kommen. Erfahrungsgemäss verändern sich die Endzahlen nur unwesentlich gegenüber dem Kassenausweis.

## Bessere Benotung Argentinien

Die bedeutende internationale Benotungsfirma Standard and Poor's hat die Benotung der Aussenschuld Argentinien von BB minus auf BB stabil angehoben. Als Hauptgrund wurden die Bemühungen der Regierung angegeben, das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. Bevor die Benotung BB jedoch verbessert werden kann, müssten, wie Diana Mondino, Standard & Poor's-Direktorin für Argentinien, auf Anfrage erklärte, auch das Parlament und die Provinzregierungen ihre Bereitschaft zur Defiziteindämmung und Abbau der Verschuldung zeigen. Jedenfalls ist der Spread der Bradybonds mit beweglichem Zinssatz (Floating rate bonds) nach Bekanntwerden der Massnahme von Standard & Poor's um 18 Basispunkte zurückgegangen.

In dieser Hinsicht war die US-Reise von Staatssekretär Daniel Marx sicherlich erfolgreich. Bruno Boccara, Direktor für Benotungen lateinamerikanischer Staaten von Standard & Poor's, erklärte, die nächste Bewertung der Lage Argentinien werde im kommenden Juni durchgeführt. Allerdings sei mit weiteren Verbesserungen der Benotung kurzfristig nicht zu rechnen. Eine kritische Masse von Indikatoren und Anzeichen, wie er sie nannte, zeigt, dass in Argentinien richtig und in der korrekten Richtung vorgegangen werde. Die vorhergehende Regierung hätte ebenfalls gewusst, welches die notwendigen Änderungen seien. Jetzt gebe es Gründe für die Annahme, dass dieselben auch umgesetzt werden.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Provinzielle Umschuldungen

Zwei Wochen nach der Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds, die für 2000 den Abbau der konsolidierten Defizite der Provinzen von \$ 3,7 Mrd. 1999 auf \$ 2,2 Mrd. 2000 vorsieht, hat die Regierung in einer eigens vom Präsidenten Fernando de la Rúa geleiteten Konferenz die Fälligkeiten von vier Provinzen umgeschuldet. Catamarca, Rio Negro, Feuerland und Tucumán müssen ihre Ausgaben senken, allenfalls auch die eigenen Steuern besser eintreiben, damit die Nationalregierung aus dem Treuhandfonds für Provinzen Gelder locker macht, mit denen die Fälligkeiten ihrer Schulden gestreckt und billiger verzinst werden. Allein diese Übung senkt die Ausgaben der Provinzen, in denen kraft uferloser Ausgabenreiterei und Schuldenmacherei der letzten Jahre gewaltige Defizite zu Schuldenbergen führten, die nur mit hohen Zinsen, allenfalls etwa 17% per annum, finanziert werden konnten. Die Banken, meist lokal, schiessen die Beiträge gegen die Pfändung der Einnahmen aus den Beteiligungssteuern vor. Diese Garantie ist mithin die sicherste im Bankwesen, weil die Einnahmen aus den Beteiligungssteuern täglich gutgeschrieben werden, so dass die Banco de la Nación die vereinbarten Fälligkeiten belastet und den Gläubigerbanken gutschreibt.

Catamarca hätte 2000 ein Defizit von \$ 44 Mio. erwirtschaftet, das auf \$ 20 Mio. gesenkt werden soll, damit von \$ 460 Mio. Schulden \$ 161,6 Mio. refinanziert werden. Der Fehlbetrag von Rio Negro fällt von \$ 79 Mio. auf \$ 36 Mio., so dass von \$ 950 Mio. Schulden \$ 207,2 Mio. refinanziert werden. In Feuerland soll das Defizit von \$ 34 Mio. auf \$ 2 Mio. abnehmen, damit von \$ 450 Mio. Schulden \$ 75 Mio. umgeschuldet werden. Tucumán wird die umfangreichste Fiskalsanierung mit der Abnahme des Fehlbetrages von \$ 110 Mio. auf \$ 20 Mio. vornehmen. Die Schulden von \$ 1,0 Mrd. werden für \$ 217,8 Mio. umgeschuldet.

Die Provinzgouverneure haben sich bereits bemüht, Personal abzubauen, Gehälter zu senken und sonstige Ausgaben zu sistieren. Gleiches müssen die meisten anderen Provinzen nachvollziehen, die auch Umschuldungsabkommen mit der Nationalregierung anstreben. Anders sieht es freilich mit Entre Ríos (plus \$ 3,3 Mio.), Buenos Aires Stadt (plus \$ 55,6 Mio.), La Pampa (plus \$ 27,4 Mio.), San Luis (plus \$ 152,6 Mio.) und Santiago del Estero (plus \$ 39 Mio.) aus, die Überschüsse für 2000 erwirtschaften und keine Umschuldungen benötigen. Es geht auch anders.

SE USA CADA  
VEZ QUE SE LAVA  
SECARROPAS

**KOH-I-NOOR**

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUEVO



**¡PODEROSO EL CHIQUITIN!**

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida  
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

## Das Biosafety-Protokoll

In Montreal, Kanada, haben sich am 29. Januar die Vertreter von 135 Ländern über ein Protokoll geeinigt, das Englisch „biosafety-protocol“ getauft wurde. Das Regelwerk bezieht sich auf den Handel von gentechnisch veränderten Produkten (Saatgut, Tiere, Fische, Tierfutter und Bakterien). Zur Diskussion standen zumal Sojabohnen und Mais, seit für beide Produkte gentechnische Veränderungen entwickelt worden sind, die den Einsatz von Herbiziden erübrigen. Das verbilligt die Ernten, weshalb in den USA und Argentinien längst die meisten Sojabohnen und Maissorten gentechnisch verändert worden sind.

Die Opposition gegen den Handel, lies Importe, solcher Produkte entstammte den Sprechern von Umweltorganisationen, wobei sich Regierungen, die sich im Abbau grotesken Agrarschutzes schwer tun, auch zu Worte meldeten und nicht tarifäre Importrestriktionen mit fadenscheinigen Argumenten erlassen haben. In Montreal debattierten die Vertreter der Europäischen Union, wo Umwelt- und Agrarschutz gross geschrieben wird, und der selbsternannten Gruppe von Miami, der die USA, Argentinien, Australien, Kanada, Uruguay und Chile angehören. Brasilien ist zwar grosser Sojaexporteur, macht aber vorerst nicht mit.

Gentechnisch veränderte Sojabohnen sind nicht zugelassen, werden aber von den Bauern trotzdem als Saatgut eingesetzt. Sie missachten sogar einen richterlichen Befehl, das zu unterlassen, und drohen mit der Verbrennung der Aussaat, die niemand ernst nimmt.

Das Protokoll von Montreal beruht auf Kompromissen. Gentechnisch veränderte Produkte werden nur als lebende Organismen umschrieben, so dass verarbeitete Sojabohnen wie Mehl, Pelletts und Öl nicht betroffen sind. Das wurde als ein Sieg der Gruppe von Miami sig-nalisiert, hinter der die grossen Konzerne DuPont, Monsanto und Novartis stehen, die gentechnische Veränderungen entwickeln. Solche Produkte müssen gelegentlich im Handel mit einer Klausel versehen werden, die auf die gentechnische Veränderung hinweist.

Auf der anderen Seite können künftig Importländer gentechnisch veränderte Produkte ablehnen, so-

fern handfeste Evidenzen vorliegen, dass sie umweltschädlich sein können. Hierfür genügt es, dass wissenschaftliche Zweifel vorliegen oder unzureichende Informationen erhältlich sind. Dieser Kompromiss widerspricht der Regel der Welthandelsorganisation (WHO), vormals GATT, nach der solche Importe nur verhindert werden dürfen, wenn ein möglicher Schaden für die Umwelt oder die Gesundheit wissenschaftlich einwandfrei festgestellt worden ist.

Die vereinbarte Kompromiss-Lösung erlaubt Importrestriktionen, wie sie die Europäische Union beispielsweise mit bestimmten Maissorten RR ohne wissenschaftliche Begründung längst eingeführt hat. Im Fall der Sojabohnen wird sich die EU nicht abriegeln können. Sie verbraucht rund 30 Mio. t im Jahr, und erzeugt knapp 10% davon. Sojabohnen sind unerlässlich für die Herstellung von Tierfutter.

Der Siegeszug der gentechnisch veränderten Produkte lässt sich nicht aufhalten. Schliesslich sind alle bekannten Getreidearten durch die Natur selber gentechnisch verändert worden.

Die Kosteneinsparung bei gentechnisch verändertem Saatgut setzt sich über kurz oder lang überall durch. Argentinien macht den in USA entwickelten wissenschaftlichen Fortschritt kräftig mit. Allein im jetzigen Agrarjahr werden 8 Mio. ha mit gentechnisch veränderten Sojabohnen bepflanzt. Die gedrückten Weltmarktpreise zwingen die Bauern füglich zum Einsatz kostensparenden Saatgutes. Umwelt- und Agrarschützer werden sich andere Argumente einfallen lassen müssen, nachdem ihnen die Wissenschaft beweist, dass sie am kürzeren Hebel sitzen.

Das Protokoll von Montreal wird in den kommenden Jahren bewirken, dass die meisten Länder Amtsstellen zur Kontrolle gentechnisch veränderter Produkte einrichten, wie sie längst in Argentinien existieren („Comisión Nacional Asesora en Biotecnología“).

Das wird die Kenntnis dieser komplizierten Materie erweitern und den wissenschaftlichen Durchbruch gentechnisch veränderter Produkte beschleunigen. Partikularinteressen können den Fortschritt zwar hemmen, aber nicht verhindern.

## Den Steuerhinterziehern auf der Spur

Die Exekutive hat der Deputiertenkammer das Gesetzesprojekt zugesandt, um den Steuerhinterziehern auf die Spur zu kommen. In sechs Kapiteln werden die zulässigen Barzahlungen geregelt, die Schlachthöfe elektronisch kontrolliert, das Inkasso der Sozialbeiträge der Bauunternehmen vereinfacht, die Eintreibung der Sozialbeiträge schlechthin verschärft, der Informationszwang mehrerer Staatsstellen, die Güter und Unternehmen registrieren, ratifiziert, und der Export von Zigaretten sowie Brennstoffen zur Verhinderung des Schmuggels neu geregelt.

Hinsichtlich Barzahlungen, mit denen landesweit Schwarzgeschäfte zwecks Steuerhinterziehung vollzogen werden, soll eine obere zulässige Grenze von \$ 10.000 erlaubt werden.

Geldgeschäfte sollen künftig nur rechtsgültig sein, wenn sie per Scheck, Banküberweisung, Bankdepot, Kreditkarten oder andere ausdrücklich zugelassenen Zahlungsmethoden erfolgen. Das Amt des Kabinettschefs, das das neue Regelwerk ausgearbeitet hat, veröffentlichte zudem erstmals Fragen und Antworten zum künftigen System, wodurch irrtümliche Auslegungen verhindert werden sollen.

Wer künftig für mehr als \$ 10.000 bar zahlt, läuft die Gefahr, dass die Zahlung auch unter Vorweis einer Quittung nicht als rechtens anerkannt wird. Dritte Gläubiger des Gläubigers, der die Zahlung entgegen genommen hat, können ihre Ansprüche nochmals gegen den Schuldner vortragen, der somit abermals zahlen muss. Das gilt zumal im Konkursfall des Gläubigers. Ausserdem dürfen solche Barzahlungen nicht gegen Steuerschulden angerechnet werden, wobei auch eventuelle Steuerguthaben entfallen.

Die Begrenzung der Barzahlungen soll die Geldwäsche verhindern und die Zahlungen grösserer Beträge identifizieren, damit man nachforschen kann, wer bezahlt und wer kassiert hat, woher das Geld stammt und wohin es fliesst.

Der Entwurf führt einen neuen Bankscheck ein, genannt „cheque cancelatorio“. Jede Bank ist angehalten, solche Schecks auszustellen. Die Provisionen müssen fix sein und allemal nicht mehr als 0,25% des Geldgeschäfts kosten,

was bei \$ 10.000 ganze \$ 25 ausmacht. Mit diesen Schecks können künftig Immobilien, Kraftwagen und andere Objekte erstanden werden, die bisher vielfach in US-Dollar bezahlt werden. Die Notare zählen die Dollarscheine, ehe sie das Geschäft beglaubigen. Das kann künftig mit diesen Bankschecks erledigt werden. Die Banken, die sie ausstellen, sind für die Beträge haftbar. Im Fall ihres Konkurses oder der Entziehung ihrer Zulassung durch die Zentralbank, lies Liquidation, bleiben die betreffenden Beträge auf Sonderkonten treuhändisch der Vermögensmasse der Banken entzogen, so dass die Gläubiger keinen Verlust hinnehmen müssen, allenfalls nur die übliche Verspätung bis zur Gutschrift bzw. der Auszahlung des betreffenden Schecks. Hiermit erübrigen sich die umständlichen und risikobehafteten Bardollarzahlungen. Sie entstanden während der Hochinflation, als die Landeswährung kein Vertrauen genoss, und blieben dem Usus auch nach der Stabilisierung des Geldwertes kraft Konvertibilität treu. Schwarzgeschäfte, die bei Verkäufen von Immobilien und anderen registrierbaren Gütern gang und gäbe sind, werden somit erschwert. Hinzu kommt, dass das System der obligatorischen Auskunft alle Staatsstellen, die Güter und Unternehmen registrieren, verpflichtet, dem Amt des Kabinettschefs Mitteilung zu machen. Erst dann wird die Steuerbehörde AFIP in die Lage versetzt, die Geldgeschäfte registrierbarer Güter (Immobilien, Kfz, Jachten, Schiffe, Flugzeuge) mit den Steuererklärungen der Vertragsparteien zu vergleichen, womit sie Steuerhinterziehern auf die Spur kommen kann.

Das Gesetzesprojekt ist Gegenstand der ausserordentlichen Sitzungen, die Ende Februar auslaufen, und dürfte von beiden Kammern gelegentlich verabschiedet werden. Bisher hat sich keine Lobby gegen das Regelwerk ausgesprochen, anders als mit dem Gesetzesprojekt über die Arbeitsreform, das die Gewerkschafter ablehnen.

Die Notare haben in ihrem Spitzenverband die Zustimmung zum Gesetz erteilt, was immerhin bemerkenswert ist, weil die meisten Schwarzgeschäfte mit Immobilien von Notaren beglaubigt werden.

## Internet im Aufwind

Laut Ermittlung der Beratungsfirma Price and Cooke sind neuerdings 770.000 Haushalte und Unternehmen dem Internet angeschlossen. Diese Zahl bedeutet einen Sprung von 43% gegenüber angenommenen 540.000 zur Jahresmitte. Argentinien gilt in der Region als rückständig im Anschluss an Internet. Für Brasilien werden es über 3 Mio. Anschlüsse angegeben, Mexiko figuriert an zweiter Stelle mit 1,0 Mio., während sich Argentinien mit der neuen Anschlusszahl langsam beiden führenden Ländern der Region nähert.

Der argentinische Rückstand wirft deshalb Fragen auf, weil das durchschnittliche Einkommen (BIP je Einwohner) hier fühlbar höher ist als in allen anderen lateinamerikanischen Ländern. Internet greift dort, wo die Einkommen verhältnismässig hoch sind, jedenfalls höher als der Durchschnitt. Für Internet-Anschluss ist ein PC (Persönlicher Computer) Voraussetzung, ferner der Anschluss an die Stromleitung und das Telefonsystem. Bei über 5 Mio. Haushalten mit Kabelfern-

sehanschluss in Argentinien, weit mehr als in Brasilien und Mexiko, wäre der Sprung zum Internet eigentlich normal. Offenbar nicht so schnell in Argentinien. Immerhin zeigt die Zunahme im zweiten Halbjahr 1999, als die landesweite Rezession sich noch bemerkbar machte, jedenfalls in der Meinung und Perzeption der Konsumenten, dass sich in Sachen Internet-Anschluss doch etwas bewegt.

Weltweit rechnen Sachverständige mit mehr als 200 Mio. Internet-Anschlüssen, davon etwa die Hälfte in USA. Hochrechnungen, die auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos unlängst mitgeteilt wurden, erwarten eine Milliarde Anschlüsse in fünf Jahren, wobei die relativ grössten Wachstumsraten in Schwellenländern wie Argentinien erwartet werden.

Diese Überlegungen beruhen auf dem technischen Fortschritt im Internet-System der längst unterwegs ist, und auf den Deregulierungen im Telefonsystem. Internet ist für die meisten Kunden immer noch langsam, unsicher und teuer. In USA wurde bereits ein Sy-

stem entwickelt, das sofortigen Anschluss in Aussicht stellt, ohne die jetzigen Wartezeiten mit komplizierten Clicks.

Das System wird bereits von mehreren Universitäten verwendet, die sich untereinander schnellstens verbinden. Gelegentlich wird die ganze Welt mit diesem oder anderen Systemen verbunden werden, so dass der Zugang zum Netz ähnlich wie jetzt zum Telefon sein wird.

Vorerst ist Internet für die meisten Kunden relativ teuer. Die Anschlussgebühr kostet etwa \$ 30 im Monat, vielfach sogar etwas weniger. Die Preise fallen jedoch deutlich. Zahlreiche Server bieten Gratisanschlüsse an oder besonders niedrige Gebühren wie Ford weltweit für seine 350.000 Mitarbeiter, denen Computer und eine Gebühr von nur 5 Dollar im Monat in Aussicht gestellt werden.

Je schneller sich das Geschäft im Internet entwickelt, desto eher werden die Gebühren fallen. Zahlreiche Unternehmen öffnen neue Sites und bieten Geschäfte an: Annoncen, Kaufvermittlungen, Steuerzahlungen, Bankgeschäfte

und dergleichen, wobei Provisionen anfallen. Hierauf basiert die Blüte solcher Unternehmen an den New Yorker Börsen und die Bereitschaft von Risikokapital („adventure capital“ auf Englisch), bei solchen Unternehmen zu investieren. Für Argentinien stehen angeblich US\$ 500 Mio. bereit. Diese Firmen verdienen vorerst nicht, versprechen aber happige Gewinne in einigen Jahren, worauf die Spekulation mit ihren Aktien beruht. Auch argentinische Unternehmen melden sich bereits an den New Yorker Börsen und erzielen Kursgewinne. Ob diese Seifenblase an den Börsen platzt und die meisten Firmen in den Konkurs schiekt, wenn ihre Gewinnerwartungen sich als illusorisch herausstellen, oder ob hier tatsächlich ein neues wirtschaftliches Paradigma mit unendlichem Wirtschaftswachstum bevorsteht, das wird die Zukunft zeigen. Unterdessen melden sich immer mehr Interessenten, die im Internet surfen, weil sie Informationen suchen und Gespräche („chatting“) führen, und Geschäfte mit neuen Absätzen wittern.

## Aussenhandel mit halbiertem Defizit

Der argentinische Aussenhandel (siehe unsere Tabelle im Handelsteil) schloss 1999 mit einem Fehlbetrag von \$ 2,2 Mrd. gegen \$ 4,9 Mrd. 1999 ab. Diese Halbierung des Fehlbetrages im Warenverkehr mit dem Ausland war seit Anfang des Jahres ersichtlich. Sie beruht hauptsächlich auf fühlbar geringeren Einfuhren, die 2000 mit US\$ 25,5 Mrd. gegen US\$ 31,0 Mrd. 1999 um 19% niedriger ausfielen. Die Rezession im Jahr 1999 hat die Importe von Maschinen, Zubehör, Zwischenprodukten und Verbrauchsgütern deutlich gedrückt.

Die Ausfuhren gingen ebenfalls von US\$ 26,4 Mrd. auf US\$ 23,3 Mrd. um 12% zurück. In einem Rezessionsjahr hätten die Ausfuhren eigentlich zunehmen sollen, wie es während der Tequila-Rezession von 1996 geschah. Im Jahr 1999 fielen die meisten Preise argentinischer Exportprodukte, zumal der Landwirtschaft (Getreide, Futtermittel, Baumwolle, Milchprodukte, Obst, Gemüse), wobei insbesondere Brasilien nach der brutalen Real-Abwertung vor Jahresfrist den bilateralen Warenverkehr schwer behinderte, anders als 1996. Die argentinischen Ausfuhren nach Brasilien nahmen von rund US\$ 8 Mrd. 1997 und 1998 auf US\$ 5,7 Mrd. um über US\$ 2,2 Mrd. ab, etwa so viel wie das gesamte Defizit der Warenbilanz. Die Einfuhren aus Brasilien trotzten der Abwertung und verminderten sich von US\$ 7 Mrd. auf US\$ 5,4 Mrd. um US\$ 2,5 Mrd. sogar mehr als die Exporte.

Der volkswirtschaftliche Schaden dieses geschrumpften Warenverkehrs mit Brasilien ist freilich ungleich höher und wird sogar auf US\$ 10 Mrd. („Ambito Financiero“) geschätzt, worin die rezessiven Folgen für die Binnenwirtschaft inbegriffen sind. Brutale Abwertungen von über 50% wie in Brasilien vor Jahresfrist wirken wie Wirtschaftsaggressionen im Krieg und sollten künftig füglich vermieden werden.

## Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>1998</b>						
November	1.892	(2.022)	2.457	(2.799)	-565	(-777)
Dezember	1.931	(2.022)	2.178	(2.607)	-247	(-558)
<b>Total '98</b>	<b>26.441</b>	<b>(26.430)</b>	<b>31.404</b>	<b>(30.450)</b>	<b>-4.968</b>	<b>(-4.020)</b>
<b>1999</b>						
Januar	1.548	(1.767)	1.906	(2.558)	-358	(-791)
Februar	1.533	(1.883)	1.855	(2.283)	-322	(-400)
März	1.981	(2.240)	2.078	(2.694)	-97	(-454)
April	2.032	(2.490)	1.874	(2.756)	158	(-276)
Mai	2.227	(2.572)	1.931	(2.626)	296	(-54)
Juni	2.138	(2.625)	2.214	(2.823)	-76	(-198)
Juli	1.943	(2.362)	2.280	(3.027)	-337	(-665)
August	2.092	(2.367)	2.333	(2.741)	-241	(-374)
September	1.882	(2.298)	2.237	(2.661)	-355	(-363)
Oktober	1.918	(2.015)	2.220	(2.591)	-302	(-576)
November	1.990	(1.892)	2.298	(2.457)	-308	(-565)
Dezember	2.034	(1.931)	2.313	(2.178)	-279	(-247)
<b>Total '99</b>	<b>23.318</b>	<b>(26.441)</b>	<b>25.539</b>	<b>(31.404)</b>	<b>-2.221</b>	<b>(-4.968)</b>

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. () = Vorjahr

**SERVICIOS**  
DIGITALES

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - [servicios@multimedia.com.ar](mailto:servicios@multimedia.com.ar)